

DVPB-NW e.V.: Mitgliederversammlung am 19.11.2013 in Bochum, Ruhr-Universität

Beginn: 16:15 Uhr, Ende: 17:45 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der DVPB NW, Herr Krüger, eröffnet die Mitgliederversammlung.

2. Genehmigung der Tagesordnung, Anträge

Die Tagesordnung hat fristgerecht den Mitgliedern vorgelegen. Sie wird einstimmig, ohne Änderungsvorschläge genehmigt.

3. Kurze Auswertung des Landesforums

TeilnehmerInnen und ReferentInnen geben ein kurzes Feedback aus den Workshops

- ▶ AG 1: Gut besuchte, strukturierte, methodenreiche Veranstaltung, gute Materialien, wünschenswert wäre eine Erprobungsphase.
- ▶ AG 2: Interessanter methodischer Ansatz, 28 TeilnehmerInnen
- ▶ AG 3: Positive Rückmeldung der Mitglieder, produktorientiert, "voller Erfolg", 12 TeilnehmerInnen
- ▶ AG 4: Außerschulischer Inhalt wurde Lehrkräften vorgestellt, schöne Praxisphase, 10 TeilnehmerInnen
- ▶ AG 5: Herausforderungen und Chancen von Lehrkräften mit Zuwanderungsgeschichte, interessante neue Perspektiven, 12 TeilnehmerInnen
- ▶ AG 6: Methodenorientierter Workshop, das Gesetzgebungsverfahren der EU wurde anhand eines Comics erschlossen, gelungene Veranstaltung, 16 TeilnehmerInnen

4. Bericht des Vorstandes durch Herrn Bieber

Vorstellung und Diskussion der Vorstandsarbeit, nachfolgend werden die Berichtspunkte kurz skizziert:

- ▶ Der NRW Landesverband ist mit beinahe 700 Mitgliedern der größte Landesverband.
- ▶ Die Landesverbände Saarland und Mecklenburg Vorpommern sollen die Mitgliederzeitung der DVPB NW "Politisches Lernen" in Zukunft ihren Mitgliedern zustellen dürfen, um die Verbände zu unterstützen.
- ▶ Die Mitglieder-Werbeaktion der DVPB NW bei Referendaren und Schulen war wenig erfolgreich.
- ▶ Nach Informationen des MSW soll "Sozialwissenschaften" in Zukunft als Unterrichtsfach erster Ordnung definiert werden.
- ▶ Herr Bieber berichtet über die schwierigen Abstimmungsprozesse bei der Verbändebeteiligung im Rahmen der Stellungnahme zum Kernlehrplan GYM/GE Sozialwissenschaften.

- ▶ Kooperationstagung DVPB und VHS zum Thema "Rechtsextremismus"
- ▶ Zu Top 8: SEPA-Umstellung, Änderung der Mitglied-formulare etc.
- ▶ Herr Bieber spricht im Namen des Verbandes seinen Dank an Herrn Rinke aus, der maßgeblich die Verbandszeitung "Politisches Lernen" redaktionell betreut.
- ▶ Die Homepage der DVPB wird gut angenommen, insbesondere der Bereich "Klausuren".
- ▶ Hauptkooperationspartner der DVPB-NW ist die Landeszentrale für politische Bildung NRW.
- ▶ Politische Stiftungen aller Parteien waren erstmalig beim Landesforum als Aussteller dabei.
- ▶ Gespräche AK 15 MSW keine Reaktion auf Einladung
- ▶ Im Jahr 2013 haben mehrere Gespräche des Verbands mit VertreterInnen des MSW zur Lage der Politischen Bildung in NRW stattgefunden.

5. Bericht der Kassenprüfung

Die Kassenprüfung hat am 31. Oktober 2013 stattgefunden. Die beiden Kassenprüferinnen, Frau Brackmann und Frau Lucas, haben die Kassenprüfung in Anwesenheit des Schatzmeisters Herrn Horstkötter, des Geschäftsführers Herr Bieber und Herrn Obel vorgenommen.

Die Kassenprüfung ergab keine Beanstandung der insgesamt sehr transparent geführten Kassenprüfung.

Es erfolgt der Antrag auf **Entlastung**: Entlastung des **Schatzmeisters**: einstimmig; Entlastung **Landesvorstand**: einstimmig

6. Neuwahlen des Vorstandes

Der Vorsitzende Herr Ulrich Krüger spricht Herrn Bieber seinen Dank für sein großes Engagement für die DVPB NW aus und übergibt einen Blumenstrauß, weil Herr Bieber nicht mehr für das Amt des Geschäftsführers kandidiert.

Es wird eine Vorschlagsliste vorgestellt. Eine erneute Aufforderung für weitere BewerberInnen für den Vorstand wird ausgesprochen: keine weitere Meldungen

Auf Vorschlag erfolgt die Wahl öffentlich. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

▶ **Wahl des Landesvorsitzenden:**

Ulrich Krüger, einstimmig, eine Enthaltung, Herr Krüger nimmt die Wahl an.

▶ **Stellvertretende Landesvorsitzende:**

Bettina Zurstrassen, einstimmig, eine Enthaltung, Frau Zurstrassen nimmt die Wahl an.

Iris Witt, einstimmig, eine Enthaltung, Frau Witt nimmt die Wahl an.

► **Wahl des Schatzmeisters:**

Ralph Horstkötter, einstimmig, eine Enthaltung, nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor.

► **Wahl des Geschäftsführers:**

Thorsten Obel, einstimmig, eine Enthaltung, Herr Obel nimmt die Wahl an.

► **Wahl der Beisitzer (Referatsleiter)**

Die Kandidaten stellen sich vor:

Bieber, Helmut A. — Brehmer, Sven — Brodersen, Cornelia — Fereidooni, Karim — Goll, Thomas Prof. Dr. — Langer, Frank — Lindner, Nora (nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor) — Maassen, Uwe (nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor) — Rinke, Kuno Dr. (nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor) — Rühling-Blomert, Hildegard: nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor) — Schauenburg, Eva-Maria Dr. — Schiffers, Rainer — Szukala, Andrea Dr.

Die Kandidaten werden einstimmig im Block gewählt. Es erfolgt kein Einwand gegen das Verfahren. Alle Kandidaten nehmen die Wahl an.

► **Wahl der Beauftragten:**

Arnold, Wolfgang: Beauftragter für Homepage, Neue Medien: einstimmig — Lüchau, Anika: Beauftragte für bilingualen Unterricht: einstimmig

► **Wahl der Kassenprüfer:**

Brackmann, Jill (nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor) — Lucas, Maren (nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor) — Roth, Benedikt (nicht anwesend, schriftliches Einverständnis liegt vor)

Die Kandidaten werden einstimmig im Block gewählt. Es erfolgt kein Einwand gegen das Verfahren.

7. SEPA-Einzugsverfahren

Der Geschäftsführer berichtet über die Umstellung des SEPA-Einzugsverfahrens. Der Verband muss bei sämtlichen Mitgliedern das Einverständnis für die Abbuchung des Mitgliederbeitrags über SEPA einholen. Die Mitglieder werden in einem Brief über das Verfahren informiert und um ihr Einverständnis gebeten.

Der Jahresbeitrag wird in Zukunft am 15. März eines Jahres abgebucht. Die Mitglieder werden hierüber informiert. Befürchtet werden Austritte aufgrund der Umstellung.

Beitragsordnung

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

§ 1 Grundlage

- (1) Grundlage für die Regelungen dieser Beitragsordnung ist die Satzung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen e. V. vom 30. September 1986.
- (2) Die Mitgliederversammlung hat in ihrer Sitzung vom 19.11.2013 die nachfolgende Beitragsordnung beschlossen.

§ 2 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Vereins beginnt am 1.1. und endet am 31.12. eines jeden Jahres.

§ 3 Höhe der Mindestmitgliedsbeiträge

- (1) Die Höhe der Mindestmitgliedsbeiträge richtet sich nach der Art der Berufstätigkeit.
- (2) Für natürliche Personen als ordentliche Mitglieder gelten folgende Mindestbeiträge für die Dauer eines Geschäftsjahres:
 - (a) berufstätige Personen: 42,- EUR
 - (b) Personen in einem Ausbildungsverhältnis (Erststudium, Ausbildung, Vorbereitungsdienst) und arbeitslose Personen: 21,- EUR
 - (c) Personen im Ruhestand: 29,- EUR.
- (3) Personen gem. 2 b und 2 c weisen ihren Status gegenüber dem Geschäftsführer oder Schatzmeister nach. Die Mindestbeiträge gelten nach erfolgtem Nachweis für Neumitglieder ab dem Tag der Aufnahme, für alle anderen Personen ab dem folgenden Geschäftsjahr nach dem erfolgten Nachweis.
- (4) Für juristische Personen als Fördermitglieder beträgt der Mindestbeitrag 100,- EUR.
- (5) Der Mindestmitgliedsbeitrag reduziert sich um 50 v. H. für den Zeitpunkt des Eintritts ab dem 1.7. eines aktuellen Geschäftsjahres.

§ 4 Fälligkeit und Zahlungsfrist der Mindestmitgliedsbeiträge

- (1) Die Mindestmitgliedsbeiträge sind zu Beginn des Geschäftsjahres fällig oder mit der Aufnahme in den Verein. Der Beitragsein-

zug über das Lastschrift-Mandat findet innerhalb des ersten Quartals eines Geschäftsjahres statt.

- (2) Die Mitgliedsbeiträge sind bis zum Ablauf des ersten Kalendermonats oder innerhalb eines Kalendermonats nach Aufnahme in den Verein zu zahlen.

§ 5 Zahlungsweise

- (1) Alle Beiträge sind auf das Konto des Vereins zu zahlen.
- (2) Die Mitglieder entrichten die Mindestmitgliedsbeiträge i. d. R. durch Abbuchungsermächtigung im Lastschriftverfahren durch den Verein. Es gelten die banküblichen Verfahrensregeln.

§ 6 Bearbeitungs-, Mahn- und Verzugsgebühren

- (1) Es werden keine Bearbeitungsgebühren erhoben.
- (2) Die Mahngebühr beträgt 3,- EUR für die erste und weitere 5,- EUR für die zweite Mahnung. Die erste Mahnung kann zum ersten Tag nach Ablauf der Zahlungsfrist nach der Satzung ausgesprochen werden. Die zweite Mahnung einen Monat danach.
- (3) Verzugsgebühren werden nicht erhoben.
- (4) Ist die Abbuchung des Vereinsbeitrags bei erteilter Ermächtigung zur Teilnahme am Lastschriftverfahren mangels Deckung des Kontos oder fehlerhafter Angaben der Bankverbindung, die durch das Mitglied zu verantworten sind, nicht möglich, sind dadurch entstehende zusätzliche Kosten vom Mitglied zu tragen.

§ 7 Bekanntgabe und Inkrafttreten

- (1) Die Beitragsordnung wird allen Mitgliedern des Vereins über Veröffentlichung auf der Homepage des Vereins bekannt gemacht.
- (2) Sie tritt mit Wirkung vom 1.1.2014 in Kraft.

Inkraft getreten am 1.1.2014

Auf Antrag wird die geänderte Beitragsordnung einstimmig verabschiedet, Korrektur der Vorlage wird vorgenommen: 2014 statt 1014, streichen "werden".

Es wird beschlossen, dass die neue Beitragsordnung im Email-Mitgliederbrief und in "Politisches Lernen" veröffentlicht wird.

8. Anträge / Arbeitsschwerpunkte

Der Vorsitzende fragt nach Anträgen oder nach Vorschlägen für künftige Arbeitsschwerpunkte.

- ▶ Bestandsaufnahme Politikunterricht an Berufskollegs
- ▶ Pressearbeit intensivieren
- ▶ Umfrage der Mitglieder geplant, was sie sich noch an Serviceleistung wünschen

- ▶ Positiv angemerkt wird, dass mit dem E-Mail-Brief auch auf freie Stellen hingewiesen wird. Auch bundesweit ausgeschriebene Stellen sollten mit veröffentlicht werden.

9. Verschiedenes

Keine Wortmeldung

Der Vorsitzende schließt die Versammlung und wünscht den Teilnehmern einen guten Nachhauseweg.

gez. Protokollführerinnen:

Iris Witt, Bettina Zurstrassen

gez. Landesvorsitzender

Uli Krüger

Berichterstattung im Rahmen der Mitgliederversammlung vom 19.11.2013 in Bochum

(Berichtszeitraum vom 3.10.2012 bis 18.11.2013)

Situation des Landesverbandes

a) Mitgliederentwicklung und Mitgliederstruktur

Z. Zt. halten sich Austritte (Beendigung der aktiven Arbeitsphase, Nichtbestandenes 2. Staatsexamen) noch die Waage. Die eingeführte "Pensionspauschale" von 27 € wird primär von den "Überzeugten" wahrgenommen als symbolische Geste auf den veränderten Status! Kein Steuerungsinstrument zur Mitgliederbindung!

Die Mitgliederstruktur ist weiterhin "gymnasialdominiert". Gesamtschule holt auf! Strukturweiterung bes. auch in den außerschulischen Bereich ist ein neues Arbeitsfeld für den nächsten Landesvorstand. Mitgliederstand: kurz vor 700!

b) Maßnahmen zur Gewinnung von Mitgliedern

Eine großflächige Werbeaktion (alle neu aufnehmenden ZfSL plus aktuelle Ausbildungsjahrgänge ca. 450 LAA) führten nicht zum erhofften Erfolg. "Nachsetzen" bei den FachleiterInnen ist nur bedingt erfolgreich!

LAA sind äußerst zurückhaltend in der Wahrnehmung einer Mitgliedschaft!

KO-Tagung der Bundesbank HW Düsseldorf zur EZB, Geldpolitik, ... mit der DVPB-NW (als LFB konzipiert für LAA) Fachl. Fokus im Vordergrund.

Situation der Politischen Bildung im Bundesland

a) Schule

Einstellungssituation

Der große Nachholbedarf im Fach führt z. Zt. noch zu Einstellungen. Viele ausgebildete SW-Lehrkräfte finden zudem kurzfristig Vertretungsstellen.

Neue KLP in Sek I und Sek II

www.standardsicherung.nrw.de/cms/ [Dort: Lehrplannavigatoren Sek I /Sek II]

Verständnis von Politischer Bildung des MSW tendiert eher in Richtung allgemeine kulturelle Teilhabe und weniger fachliche Bildung. Konsequenzen für Ansprechpartner, ...

Die Implementierungen der KLP wird von zentraler Bedeutung sein!

Schule und Wirtschaft

Die Einflussnahme auf die Etablierung wirtschaftlicher Interessen in schulische Lernprozesse (Bsp. RS) hält unvermindert an. Darüber hinaus übernehmen wirtschaftsnahe Institutionen, ... Lehrerfortbildung.

b) Hochschule

Stellenplan hat sich konsolidiert. Vereinzelt fachliche Angebote – aber keine Breitenwirkung.

Die Diskussion über Ziele, Umsetzung und Betreuung des Praxissemesters wird z.Zt. diskutiert. Die Frage nach dem Verhältnis von Fachdidaktik und Schule/Lehrerbildung wird dabei auch eine Rolle spielen!

c) Jugendbildung

Per Referat im LV vertreten, s.o. neuer Arbeitsschwerpunkt 2012 gemeinsame Tagung zum Rechtsextremismus mit dem NRW-LV-VHS

d) Erwachsenenbildung

Die DVPB-Mitglieder aus diesem Bereich sind in Leitungsfunktionen bei jew. VHS. Strukturell in der DVPB-NW e.V. nicht verankert.

Arbeit des Landesverbandes

a) Maßnahmen / Initiativen des Landesverbandes

- SEPA-Umstellung
- jährl. Landesforum
- Stellungnahmen zu den KLP im Rahmen der gesetzlichen Mitwirkung
- Herausgabe der Fachzeitschrift Politisches Lernen, Herausgabe des eMailbriefes i. d. R. monatlich.
- Aktualisierung der Homepage/Mitgliederbereich [Texte/ Klausuren]
- Neuberufung / Gründung des Beirates, Erweiterung aus dem kl. Wissenschaftsbereich in den (Pol. Bildung gestaltenden) Gesellschaftsbereich
- Bilinguales Angebot (“Plattform”) aufbauen
- Evaluation der bisherigen Arbeit und “Dienstleistungen”
- Mitarbeit im Bundesvorstand

Aktivitäten Homepage:

Die Homepage wurde u. a. um zwei Themenseiten erweitert. Anlässlich der Bundestagswahl gab es eine Seite mit Unterrichtsmaterialien zum Thema “Wahlen”, die auch zu den Wahlen im Mai 2014 aktualisiert werden soll. Zudem finden Besucher eine Themenseite “Rechtsextremismus” mit interessanten Links.

“Digitale Zukunft” DVPB-NW e.V.

Im nächsten Jahr soll eine Facebook-Seite eingerichtet werden, um auch im Social Media-Bereich präsent zu sein. Hierfür soll im erweiterten Landesvorstand ggf. ein eigener Arbeitsbereich eingerichtet werden.

b) Kooperationen des Landesverbandes

- Hauptkooperationspartner ist die LzpB-NRW (Gemeinsames Landesforum), Aufbau eines Netzwerkes zu den Stiftungen, Tagungseinladungen
- Neben den “einschlägigen” Verlagen nehmen 2013 auch einige Pol. Stiftungen am Landesforum teil (Netzwerkpflege!) Über den eMailbrief werden Angebot pol. Bildungsträger den Mitgliedern bekannt gemacht.
- Gelegentliche Einladungen zu Podien, wo Fragen der Pol. Bildung relevant sind! (DGB-Tagung, Summer School Uni Bochum)

c) Institutionelle Vernetzung des Landesverbandes (Landesregierung, Landtagsfraktionen ...)

- Fachgespräche im MSW
- Expertenstatus bei Anhörungen im Landtag NRW (Lage der Pol. Bildung in NRW, Kooperation MSW und Bundeswehr) [Erfahrung wenig fachl. Hintergrund]
- Die “Randständigkeit” der Pol. Bildung in der Wahrnehmung der “offiziellen” Politik führt zu “Lücken” im Netzwerk, die hauptamtlich Agierende natürlich qua Lobbyismus und Parteibindung füllen können. Offizielle Parteivertreter in Sachen Pol. Bildung (AK 15 des Landtages z. B.) reagieren auf Einladungen nicht.

DU, den 19.11.2013

gez. Ulrich Krüger
Landesvorsitzender

gez. Helmut A. Bieber
Landesgeschäftsführer

dvpb-nw.de (Homepage)

5.696 Besucher im letzten Jahr (Okt. 12 – Okt. 13)
44208 Aufrufe seit Umstellung auf das Blog-Format (Juni 11)
121 Beiträge plus 10 Unterseiten
Top-Seite: Startseite (News)

dvpbmitglieder.dvpb.de

3530 Besucher im letzten Jahr (Okt. 12 – Okt. 13)
49703 Aufrufe der Seite seit Start (Juni 11)
843 Beiträge
Top-Seite: Klausuren (z. Zt. 46 Stck.)

politischeslernen.dvpb.de

1272 Besucher im letzten Jahr (Okt. 12 – Okt. 13)
5196 Aufrufe der Seite seit Start (Juni 11)

schnupperseite.dvpb.de

133 Besucher im letzten Jahr (Okt. 12 – Okt. 13)
558 Aufrufe der Seite seit Start (Juni 11)

Bitte vormerken:

Das nächste Landesforum

Montag 8. September 2014

**im Veranstaltungszentrum der
Ruhr-Universität Bochum**

Das Thema wird noch bekannt gegeben

**WICHTIG:
Die Anschrift der
Geschäftsstelle hat
sich geändert!**

**Bitte nutzen Sie ab sofort für alle Sendungen
an die Geschäftsstelle die neue Postfachanschrift:**

**DVPB-NW e.V.
Postfach 100 352
47003 Duisburg**

Digital erreichen Sie uns weiterhin
auf www.dvpb-nw.de
oder unter geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de

Helmut Bieber offiziell verabschiedet

Auf dem Landesforum am 9. November letzten Jahres wurde Helmut Bieber offiziell aus seinem Amt als Geschäftsführer der DVPB NW verabschiedet.

Wer in der DVPB in NRW — und darüber hinaus im Bundesverband der DVPB — kannte ihn nicht? Helmut Bieber hat über Jahrzehnte das Gesicht der DVPB nicht nur in NRW geprägt. „Eigentlich der Chef vom Ganzen,“ sagte einmal ein langjähriges Mitglied und traf damit den Kern. Nicht nur das politische Alltagsgeschäft des Verbandes, die Lobbyarbeit für die politische Bildung gegenüber Parteien, Verbänden und Ministerien, sondern auch der von allen Mitgliedern geschätzte „Newsletter“, die Organisation der Landesforen und die Mitarbeit im Bundesvorstand und bei der Vorbereitung der Bundeskongresse — all das und mehr war bei Helmut Bieber immer in besten Händen. Er verstand es, den Verband engagiert und mit Herz und Verstand zu vertreten, er war verständnisvoller Ansprechpartner und zeigte Flagge dort, wo in Schule, Aus- und Weiterbildung die Belange der Politischen Bildung zu wenig Berücksichtigung fanden.



Helmut Bieber hat mit Thorsten Obel einen jungen und fähigen Nachfolger gefunden. Und Helmut Bieber geht nicht ganz. Er bleibt Mitglied des erweiterten Landesvorstandes und steht damit der DVPB in NW weiterhin mit seiner unersetzbaren Expertise zu Verfügung.

Danke, Helmut!

Ulrich Krüger, Landesvorsitzender der DVPB NW

Lehrerbildung: Hochschulen verweigern Politiklehrerausbildung für Berufskollegs

Die Umstellung auf das Bachelor-Mastersystem an deutschen Universitäten hat die ohnehin schwierige Ausbildungssituation für das Lehramt Politik bzw. Wirtschaftslehre / Politik an Berufskollegs noch weiter verschlechtert. Immer mehr Universitäten, die bisher die Studiengänge angeboten haben, streichen die Ausbildungsgänge, z. B. Bochum und Duisburg/Essen.

Zahl der Studienabsolventen weit unter Bedarf

Das unzureichende Ausbildungsangebot an den Hochschulen des Landes NRW führt dazu, dass die Studiengänge Politik bzw. Wirtschaftslehre/ Politik als Studienfächer von Lehramtsstudierenden kaum noch gewählt werden (können). Nach unseren statistischen Erhebungen absolvieren, ausgehend von den Durchschnittswerten für das 1., 3. und 5. Semester (= $168 \div 3$, siehe Tabelle 2, nächste Seite) nur 56 Studierende pro Jahr ein Studium für der Studienrichtung Wirtschaftslehre- und Politiklehrer. In dieser Rechnung sind keine Studienabbrecher/innen berücksichtigt. Selbst wenn

alle, die ein Studium für die Studienrichtung Wirtschaftslehre- und Politiklehrer absolvieren, in das Referendariat mit den Unterrichtsfächern WL/Politik bzw. Politik für das Lehramt Berufskolleg in Nordrhein Westfalen einmünden, können nicht alle im Stellenplan ausgewiesenen Stellen fachgerecht besetzt werden. Nur 6,3 % der Referendare in Nordrhein Westfalen haben diese Fachrichtung, aber gemäß den NRW-Lehrplänen decken die beiden Fächer Wirtschaftslehre und Politik circa 10% des Unterrichtsstundenumfangs am Berufskolleg ab.

Es ist bekannt, dass vielfach Lehrkräfte an Berufskollegs für das Unterrichtsfach „Politik“ eingestellt werden, die über die Qualifikation für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen verfügen. Grundsätzlich begrüßen wir die Bemühungen, dass über diesen Weg Lehrkräfte mit einer fachlichen und fachdidaktischen Qualifikation eingestellt werden. Diese sind aber mit der berufsschulspezifischen Lernfelddidaktik nicht vertraut. Fortbildungsangebote für Lehrkräfte mit diesem Ausbildungsprofil werden kaum

unterbreitet. Es besteht auch nicht die Möglichkeit, dass Studierende des Lehramtes Gymnasium/Gesamtschule ihr Referendariat an Zentren für schulpraktische Studien für Berufsschulen absolvieren können.

Der Anteil des nicht "fachgerecht" erteilten Unterrichts liegt nach unseren Recherchen trotz der oben skizzierten Maßnahme an manchen Berufskollegs dennoch bei bis zu 80 Prozent.

Angesichts der sozioökonomischen Zusammensetzung der Schülerschaft (hoher Anteil von Lernenden aus "politikdistanzierten" Familien, hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit familiärem Migrationshintergrund) und des empirisch in der politischen Sozialisationsforschung gut belegten Bedürfnisses der Schülerinnen und Schüler nach gesellschaftlichem Orientierungswissen in der beruflichen Eingangsphase, wird gerade den Schülern und Schülerinnen an Berufsschulen ein fachgerechter Unterricht verwehrt, die am dringendsten auf ihn angewiesen sind.

Empfehlung der Tenorth-Kommission

Mit Besorgnis nehmen wir daher zur Kenntnis, dass im Tenorth-Gutachten empfohlen wird, in Zukunft das Studium für das Lehramt an Berufsschulen nur noch in Kombination mit einem beruflichen Unterrichtsfach zuzulassen. Der allgemeinbildende Bereich würde durch diese Maßnahme weiter zurückgedrängt und damit die erfolgreiche Kultur des deutschen Berufsschulsystems, das eine Integration und Verschränkung von allgemein- und berufsbildendem Lernen beinhaltet, substanziell geschwächt.

Die DVPB NW hat sich in zwei Schreiben an das Schulministerium gewandt und auch das Wissenschaftsministerium angeschrieben. Von Seiten der Gruppe "Lehrerbildung" im MSW wird die Einschätzung der DVPB NW gestützt.

Fachgruppe Berufskolleg:

Rainer Schiffers, Sven Brehmer, Bettina Zurstrassen

Universität mit lehramtsbezogenem Masterstudiengang	Wirtschaftslehre / Politik	Politik
RWTH Aachen	ja	ja
Universität Bielefeld	nein	nein
Ruhr-Universität Bochum	nein	nein
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	nein	nein
Technische Universität Dortmund	nein	nein
Universität Duisburg-Essen	nein	nein
Universität zu Köln	nein	ja
Deutsche Sporthochschule Köln	nein	nein
Westfälische Wilhelms-Universität Münster	ja	nein
Universität Paderborn	nein	nein
Universität Siegen	ja	nein
Bergische Universität Wuppertal	ja	nein

Tab. 1: Studienangebote VWL/Politik und Politik Lehramt Berufskolleg in NRW

Universität	Wirtschaftslehre / Politik				Politik (geht nur gemeinsam mit LA Wirtschaftswissenschaften)			
	1. Sem.	3. Sem.	5. Sem.	Σ Sem.	1. Sem.	3. Sem.	5. Sem.	Σ Sem.
BA Lehramt								
RWTH Aachen	5	5	0	10	12	11	8	31
Universität zu Köln	—	—	—	—	20	6	2	28
West. Wilhelms-Univ. Münster Plus 22 Studierende im MEd	10	7	5	44	—	—	—	—
Universität Siegen	21	24	10	55	—	—	—	—
Bergische Univ. Wuppertal Plus 20 Studierende im MEd	7	7	8	40	—	—	—	—
Gesamt WL/Politik	43	43	23					
Plus Gesamt "Politik"	32	17	10					
Σ WL/Politik & Politik	75	60	33					

Tab. 2: Studierende der Studiengänge Wirtschaftslehre / Politik und Politik in NRW für das Berufskolleg im Wintersemester 2013/14.